

«Schweizer haben kein Vertrauen ins Asylwesen»

Martine Brunschwig Graf, Präsidentin der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus, spricht sich gegen Internierungslager für kriminelle Asylsuchende aus. Eine Verschärfung des Asylrechts bringe nichts

NZZ am Sonntag: Die Zahl der Asylsuchenden ist stark gestiegen. In der Bevölkerung steigt der Unmut darüber. Wie beurteilen Sie die Entwicklung als Präsidentin der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus?

Martine Brunschwig Graf: Für mich steht nicht die Zahl der Asylsuchenden im Vordergrund. Ich will vielmehr darauf hinweisen, dass es sich um Kinder, Frauen und Männer handelt, die ihre Heimat unter schwierigen Umständen verlassen haben. Asylsuchende sind Menschen und nicht Kriminelle, das soll man nicht vergessen. Es gibt Probleme mit einigen von ihnen, man darf aber nicht alle in den gleichen Topf werfen.

Die Probleme sind aber teilweise erheblich. Etwa wenn im Berner Oberland junge Männer von einer Asylunterkunft aus zu Einbruchstouren aufbrechen.

Natürlich sind unter den Asylsuchenden auch Personen, die sich schlecht verhalten. Das ist aber seit langem bekannt, und darauf muss man bei der Unterbringung achten, etwa indem man ausreichende Sicherheitsmassnahmen ergreift. Der Fall aus dem Berner Oberland zeigt mir, dass da offenbar nicht genug getan wurde. Er macht auch deutlich, dass das System mit grossen Asylunterkünften, wo sich über 100 Leute längere Zeit aufhalten, nicht die richtige Lösung ist. Es braucht mehr kleinere Unterkünfte.

Liegt das Problem bei den Behörden?

Selbstverständlich sind Asylsuchende, die das Gesetz brechen, für ihre Taten selbst verantwortlich. Wir leiden aber auch an den Folgen von Fehlern der Politik. So dauern die Verfahren viel zu lange. Und das geht auf die Jahre 2003 bis 2007 zurück.

Sie sprechen die Zeit an, als SVP-Mann Christoph Blocher Justizminister war.

Damals gingen die Asylgesuche zurück. Dann hat der Bund Personal abgebaut. Dadurch wurden die Verfahren länger. So konnten auch Personen hier bleiben, deren Gesuch zuletzt abgelehnt wurde. Es geht mir aber nicht darum, eine Person oder eine Partei zu kritisieren. Denn Asylpolitik ist eine Aufgabe des Gesamtbundesrats. Das zeigt sich bei der Rückübernahme abgewiesener Asylbewerber: Dafür brauchen wir Abkommen mit jenen Ländern, die uns am meisten Probleme verursachen. Und das muss man koordiniert mit der Entwicklungszusammenarbeit angehen.

Die SVP fordert Internierungslager für straffällige Asylbewerber.

«Es wäre falsch, alle Asylbewerber auf Nothilfe zu setzen. Es ist für alle am besten, wenn sie sich nützlich machen.»



«Asylsuchende sind Menschen und nicht Kriminelle, das soll man nicht vergessen»: Martine Brunschwig Graf. (Genf, 28. Juli 2011)

Ein Internierungslager bringt nichts. Eine Verbesserung der Situation erreichen wir am ehesten, wenn die Verfahren schneller gehen und abgewiesene Asylsuchende rasch in ihre Heimat zurückkehren.

Sie fordern schnellere Verfahren. Sollen die Rekursmöglichkeiten der Asylsuchenden eingeschränkt werden?

Die Verfahren sollen korrekt und menschenrechtskonform sein. Die Rekurse sind nicht das Problem, es ist die Dauer, bis über einen Rekurs entschieden wird. Damit das rascher geht, ist auch das Bundesverwaltungsgericht auf genügend Personal angewiesen – auch wenn das kostet.

Zur Debatte steht auch, dass künftig alle Asylsuchenden statt Sozialhilfe bloss noch Nothilfe erhalten. Laut dem Bund ist das rechtlich möglich.

Ja, aber es wäre falsch, alle Asylbewerber auf Nothilfe zu setzen. Das wäre kontraproduktiv: Mit der Sozialhilfe werden auch Beschäftigungsprogramme ermöglicht, so dass die Asylbewerber etwas zu tun haben. Es ist

Uno-Hochkommissariat für Flüchtlinge Kritik an Schweizer Asylplänen

Die Pläne bürgerlicher Politiker, Asylbewerbern in der Schweiz nur noch Nothilfe statt der höheren Sozialhilfe zu gewähren, stossen beim Uno-Hochkommissariat für Flüchtlinge, dem UNHCR, auf Kritik. «Aus Sicht des UNHCR ist die Nothilfe – das heisst ein Bett in einer Zivilschutzanlage und ein paar Franken pro Tag – nicht geeignet, Asylgesuchstellern eine menschenwürdige Existenz zu bieten», sagt Susin Park, Leiterin des UNHCR-Büros für die Schweiz. Flüchtlinge hätten meistens traumatische Erfahrungen hinter sich und hielten sich während des Asylverfahrens rechtmässig in der Schweiz auf. «Sie sind in dieser Zeit verletzlich und bedürfen besonderer Unterstützung.» Dies habe auch der Europarat mehrmals festgehalten.

«Ferner ist die Schweiz Teil des Dublin-Systems, das europaweit versucht, die Zuständigkeit für Asylgesu-

che aufzuteilen», sagt Park weiter. Für die EU gälten im Rahmen von Dublin verbindliche Aufnahmebedingungen für Asylsuchende. «Auch wenn diese für die Schweiz nicht verbindlich sind: Ein System wie Dublin muss darauf basieren, dass die Bedingungen einheitlich sind, Schutzbedürftige überall ähnlichen Schutz geniessen.» Park bezweifelt die Verhältnismässigkeit von Verschärfungen im Asylwesen: «2011 landeten etwa 60 000 Tunesier in Italien. Gerade mal 2578 von ihnen stellten in der Schweiz ein Asylgesuch.»

Der Nationalrat befindet in zwei Wochen über Verschärfungen des Asylrechts. Zur Debatte wird dann auch der Vorschlag stehen, die Sozialhilfe zugunsten der Nothilfe zu streichen – laut Juristen des Bundes ist das rechtlich möglich. Heute sind bloss abgewiesene Asylbewerber auf Nothilfe gesetzt. (sbü./sno.)

Martine Brunschwig

Martine Brunschwig Graf, 62, ist seit Anfang Jahr Präsidentin der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus. Zwischen 2003 und 2011 war sie Nationalrätin, zuerst für die Liberale Partei des Kantons Genf, ab 2009 – nach der Fusion der Liberalen mit der FDP – für die FDP. Brunschwig Graf war Mitglied der Aussenpolitischen Kommission, der Finanzkommission und der Rehabilitierungskommission. Von 1993 bis 2005 amtierte sie als Genfer Staatsrätin. Davor arbeitete sie für die Schweizer Wirtschaftsförderung, die Vorgängerin von Economiesuisse. Brunschwig Graf ist Ökonomin und lebt in Genf. (sno.)

für alle am besten, wenn sich diese Menschen nützlich machen können.

Eine weitere geplante Verschärfung sieht vor, Flüchtlingen den Familiennachzug zu erschweren.

Diese Verschärfung kommt für mich nicht in Frage. Das wahre Problem ist nicht der Familiennachzug, sondern dass viele Flüchtlinge keine Arbeit haben. Wir müssen uns dringend fragen, wie wir sie in den Arbeitsmarkt integrieren.

Ziel der Verschärfungen ist es auch, die Schweiz als Asylland unattraktiv zu machen, damit die Menschen gar nicht erst kommen. Angesichts der vielen abgewiesenen Asylgesuche ist das doch ein naheliegender Ansatz.

Die Schweiz hat schon verschiedene Kampagnen in mehreren Ländern gemacht mit der Botschaft: Kommt nicht, in der Schweiz ist es schwierig zu leben. Das genügt offensichtlich nicht. Erst wenn abgewiesene Asylbewerber rasch in ihre Heimat zurückkehren, wird das den Ruf der Schweiz prägen und andere davon abhalten, zu uns zu kommen. Man hat das Asylgesetz mehrmals verschärft, und es hat noch nie das bewirkt, was man erwartet hat. Das ist ein Fakt.

Nun ist mit Philipp Müller der Präsident der FDP, deren Mitglied Sie sind, vehement für eine Verschärfung des Asylrechts.

Ich spreche hier als Präsidentin der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus und verrete keine Partei.

Sie sprechen sehr nachsichtig über die Probleme im Asylbereich. Droht nicht die Akzeptanz zu schwinden, wenn man nichts unternimmt gegen die steigenden Gesuchszahlen und kriminelle Asylbewerber?

Es ist problematisch, wenn die Leute den Eindruck haben, die Schweiz werde ausgenutzt. Das Kernproblem ist aber, dass die Schweizer kein Vertrauen mehr haben in die Asylverfahren. Fakt ist, dass effizientere Verfahren das Vertrauen der Bevölkerung ins Asylwesen wiederherstellen könnten. Interview: Stefan Bühler, Sarah Nowotny

Denz

D1

Bausteine: Stauraum, Tische, Zubehör. Schränke mit Rollläden, Flügeltüren, Schiebetüren oder Klappe. Materialisierung: Holz, Melamin. Mehr: denz.ch